CDU
Kreistagsfraktion Böblingen • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2022 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2021 bis 2025 einschließlich der Eigenbetriebe Gebäudemanagement und Abfallwirtschaftsbetrieb

Kreistagssitzung am 22. November 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte , sehr geehrte Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

kaum einer von uns hätte gedacht, dass uns die Corona Pandemie in diesem Herbst wieder fest im Griff hat.

Die Zahl der infizierten Menschen nimmt rasant zu. Die Intensivstationen sind an ihrer Belastungsgrenze angekommen. Dies alles wird noch durch unsere

Personalprobleme in der Pflege zu einer immensen Herausforderung.

Das Land hat nun endlich entschieden, seine Impfoffensive auszubauen. 155 mobile Impfteams sollen das Impfangebot ausbauen.

Leider ist das Sozialministerium dem Rat unseres Landrats nicht gefolgt und hat sich gegen eine Fortsetzung des Angebots in unserem erfolgreichen KIZ ausgesprochen.

Das kann und muss jetzt nachgeholt werden. Diese entstandene Angebotslücke muss geschlossen werden.

Auf kommunaler Ebene wirde ein Impfangebot gemacht und zwar sehr erfolgreich wie der **Impfmarathon in Sindelfingen beweist.**

Wir meinen, dass eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen auch einrichtungsbezogen kommen muss.

Die Pflegeratspräsidentin Christine Vogler fordert zurecht eine einrichtungsbezogene Impflicht. Denn mit den vulnerablen Gruppen in Kliniken und Altenheimen haben nicht nur Pflege-

kräfte Kontakt sondern auch Angehörige, Reinigungskräfte und Küchenhilfen.

Die am Start stehende Ampelkoalition sollte diese Impfpflicht bald beschließen und umsetzen und nicht erst einigen Wochen.

Denn „ Ohne Pflichten ist kein Staat zu machen“. (FAZ vom 20. November 2021)

Wir unterstützen ausdrücklich den Aufruf von Bundespräsident Steinmaier an die noch nicht Geimpften sich durch eine Impfung selbst und andere zu schützen.
Das ist der einzige Weg aus der Pandemie.

Wir danken allen ehrenamtlich Tätigen, sowie den Kommunen die ein Test- und Impfangebot machen.

Aber nicht nur die Politik ist gefordert sondern in erster Linie wir als Gesellschaft.

Die Regeln sind allen bekannt, sie müssen eben auch eingehalten werden.

Sofern es zu Einschränkungen kommt, die zu wirtschaftlichen Nachteilen oder zur Gefährdung von Existenzen führen, werden Bund und Land Hilfen gewähren müssen. Dies gilt auch für Einnahmeausfälle in unseren Krankenhäusern.

Es muss alles getan werden, um die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten zu vermeinen.

Herr Landrat wir unterstützen sie bei allen Maßnahmen, die der Gesundheit der Menschen dienen. Denbar wäre, wenn der Kreistag einen Appell zur Impfung in der nächsten Sitzung beschließen könnte.
Wir danken besonders unseren Pflegekräfte und Ärzte/Innen in den Krankenhäusern und den Niedergelassenen die einer enormen Belastung ausgesetzt sind.

Klinikverbund Südwest
Die Aufsichtsgremien haben sich in einer Klausur für eine Fusion der Klinikgesellschaften ausgesprochen.
Verloren gegangenes Vertrauen der Gesellschafter muss wieder zurück gewonnen werden.
Es ist die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des Verbundes.

Es braucht jetzt einen Zeitplan mit genauen Meilensteinen mit dem Ziel, der Zusammenführung der Klinikgesellschaften.

Das ärztliche Direktorium hat in beeindruckender Weise einen Vorschlag zur Weiterentwicklung des Medizinkonzepts vorgestellt.

Dieser Vorschlag muss nun von den Aufsichtsgremien beraten und beschlossen werden. Dazu gehört auch die finanzielle Bewertung und eine Implementierung in die Betriebsplanung des Flugfeldklinikums und Sektoren - übergreifend in die Häuser des Verbundes.

Sorge bereitet uns die Defizitentwicklung unserer Krankenhäuser. In 2021 sind es ca. 24.0 Mio € , geplant waren 18. 0 €.
Diese Entwicklung wird bis zur Inbetriebnahme des Flugfeldklinikums anhalten.

Erst danach können wir wohl mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung rechnen.

Bei den Kosten des Neubaus liegen wir noch im Plan. Wir müssen aber damit rechnen, dass unser Finanzrahmen von 573.0 Mio € nicht gehal-

ten werden kann. Die Baupreise explodieren förmlich.

Das Land gewährt einen Zuschuss für das Flugfeldklinikum in Höhe von ca. 226.0 **Mio €. Dies ist insofern eine Enttäuschung, weil Minister Lucha bei seinem Besuch im Kreis Böblingen im vergangenen Jahr einen höheren Zuschuss in Aussicht gestellt hat.**

226.0 Mio € Zuschuss sind in Bezug zu den 573 Mio € vorgesehen Baukosten nur ca. 39 %.

Der Luftrettungsstandort Krankenhaus Leonberg mit Christoph 41muss bleiben.

Wir stellen einen Antrag, dass der Kreistag in seiner nächsten Sitzung am
20. Dezember eine Resolution an die Landesregierung verabschiedet.

ÖPNV

Zusammen mit der Schülerbeförderung beträgt der Netto Zuschuss ca. 60.0 Mio €.

Wir unterstützen als CDU Fraktion die qualitative Weiterentwicklung des ÖPNV. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

In einer Klausurtagung wollen wir aber die „Zukunft des ÖPNV“ im Kreis Böblingen genauer beleuchten und gute Lösungen für die Zukunft erarbeiten. Hierzu stellen wir einen Antrag.

Aus der Presse haben wir erfahren , dass sich der Kreis zusammen mit den Verbundlandkreisen und der Landeshauptstadt beim Verkehrsministerium für die Berechnungen der Mobilitätsgarantie und des Mobilitätspasses beworben haben. **„ Eine Vorfestlegung für eine Umsetzung sei dies aber nicht. „**

Warum wurden wir nicht über dieses Vorgehen informiert?

Wir erwarten Herr Landrat, dass sie den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung zur ÖPNV Strategie 2030 des Landes im UVA. Der Kreistag muss außerdem eine Stellungnahme zur ÖPNV Strategie beschließen.

Jugendhilfe, Soziales und Bildung

Der Personalmehrbedarf von rund 22 Stellen im Allgemeinden Sozialen Dienst ist eine große Mehrbelastung für unseren Haushalt.
Zwar werden vorläufig nur 10 Stellen in 2022 ausgewiesen aber nach einer Bewertung der Abläufe sollen die restlichen 10 Stellen nachgeschoben werden.

Das neue Bundes –Teilhabe - Gesetz erfordert noch einmal 3 zusätzliche Stellen. Da es sich hierbei um gesetzliche Aufgaben handelt, ist der Personalmehrbedarf wohl unausweichlich. Aber wir erwarten hier noch weitergehende Informationen. (Gutachten)

Der Aufwand für Soziales beträgt ca. 273.0 Mio€ und übersteigt das Aufkommen aus der Kreisumlage.

Bildung

Die CDU Fraktion anerkennt grundsätzlich den Investitionsbedarf in unsere Schulgebäude.

Im Hinblick auf unser gemeinsames Ziel, den Kreis bis 2035 klimaneutral zu machen, sind vor allem energetischen Sanierungen ein wichtiger Baustein.

Vor diesen Investitionsentscheidungen müssen über die bildungspolitischen und pädagogischen Ziele in unserem Schulentwicklungsplan das Profil und die Inhalte unserer Berufsschulen – vor allem der GDS 1 und 2 – weiterentwickelt und geschärft werden.

Hermann Hollerith , Zentrum für Digitalisierung

Wir stimmen den beiden Beschluss Vorlagen für die weitere Finanzierung zu und verweisen noch einmal auf unseren Antrag vom vergangenen Jahr.

Diese Investitionen sind wichtig für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Kreis Böblingen.

Es ist ein starkes Signal für unsere Kinder und Jugendlichen.

Nachhaltigkeitskonzept des Landkreises

Wir stehen zum Grundsatz der Nachhaltigkeit der Kreisaufgaben.

Der Kreis muss ja nach der Landkreisordnung für die stetige Aufgabenerfüllung sorgen.

Der Klimawandel und dessen Bekämpfung erfordert eine **nachhaltige Gebäudebewirtschaftung.**

Dazu gehört auch die finanzielle Bewertung.

Unser Antrag soll dies begleiten und unterstützen.

Kreisumlage

Wir nehmen zur Kenntnis, dass unsere Steuerkraft um 13 % auf 721 Mio € ansteigt. Die Hälfte dieses Zuwachses kommen von Bund und Land.

Der Kreiskämmerer prognostiziert den Überschuss des laufenden Jahres auf voraussichtlich
8.4 Mio €.

In unserer Klausur hat Herr Sozialdezernent Minic aber mindestens weitere 4.0 Mio € Mehrausgaben im Sozialbereich benannt.

Gleichzeitig hat Herr Loydl das Defizit der Kreiskliniken in diesem Jahr auf 24,0 Mio € beziffert.

Bei der Einbringung des Haushalts waren es noch 22,0 Mio € und in der mittelfristigen Finanzplanung waren 18,0 Mio € eingeplant.

Dies bedeutet, dass der Überschuss des Haushalts 2021 aus heutiger Sicht geringer ausfallen könnte.

Die Steuerschätzung wird mit Sicherheit für das Jahr 2021 und 2022 und mittelfristig Mehreinnahmen erbringen.
Da die Regionalisierung der Steuerschätzung erst am 24. 11. 2021 vorliegen wird kennen wir
das Plus für unseren Haushalt noch nicht.

Herr Hinck wird auch erst im Laufe dieser Woche den Stand der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer Stand 30. Oktober kennen.

Für uns als Fraktion kann deshalb erst nach Kenntnis dieser Mehreinnahmen eine Aussage zur Höhe der Kreisumlage gemacht werden.

Wir erkennen einen wenn auch geringen Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage.

Allein aus dem Anstieg der Steuerkraft der Kommunen, so könnte man argumentieren, müsste ein Teil an diese wieder zurückfließen.

Zur Verabschiedung des Haushalts wird unsere Fraktion einen Antrag einbringen.

Abschließend stelle ich fest, dass wir mit den Investitionen in unsere Gesundheitsversorgung mit ca. 800 Mio € und den weiteren im Bau befindlichen und vorgesehene Investitionsvolumina nahezu 1.0 Mia € umsetzen.

Unsere Verschuldung wächst auf ca. 670 Mio € bis 2025 an.

Der Kreistag wird sich deshalb im nächsten Jahr mit einer konsequenten Priorisierung von Investitionen in der mittelfristigen Finanzplanung befassen müssen.

Die CDU Fraktion stellt sich den Anforderungen des Wandels. Das haben wir schon immer getan.

Wir gehen mutig und optimistisch in die Zukunft. Aber wir sollten als Landkreis nicht übermütig werden.

Maß und Mitte bei künftigen Entscheidungen soll unsere Richtschnur sein.

„ Denn es kommt selten so gut wie erhofft, aber selten so schlecht wie befürchtet“

Ich danke ihnen Herr Landrat, Herrn Kreiskämmerer Hinck mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Verwaltung insgesamt für das vorliegende Zahlenwerk.

Helmut J. **No**ë